

# Lügen und andere Wahrheiten

Anmerkungen zur »Röder-Debatte«  
und zur »kritischen« saarländischen Öffentlichkeit

Von Peter  
Wettmann-Jungblut

*Franz Josef Röder vor  
der Saarländhalle  
während des 19. Lan-  
desparteitages der CDU  
am 4./5. Mai 1971.  
(LAS, BstK Reg. Röder  
1700, Fotograf: E. Isen-  
huth)*

*Um Franz Josef Röder ranken sich fast vier Jahr-  
zehnte nach seinem Tod längst etliche Anekdoten.  
Er habe, so wird etwa kolportiert, gelegentlich ab  
acht Uhr morgens am Eingang der Staatskanzlei  
gewartet und Mitarbeiter, die, lange vor Einfüh-  
rung der gleitenden Arbeitszeit, ihrem Schreibtisch  
wenige Minuten zu spät entgegen strebten, mit der  
als Aufforderung zu verstehenden Frage begrüßt:  
»Ist es richtig, dass Sie heute einen Tag Urlaub  
nehmen wollten?« Diese Anekdote lässt in Ver-  
bindung mit zahllosen Porträtaufnahmen Röders  
das Bild des streng gescheiterten, stets korrekt ge-  
kleideten Grandseigneurs lebendig werden, der als*



*Ministerpräsident von seinen Mitarbeitern die ihm  
selbst eigenen preußisch-konservativen Tugenden  
Pflichtbewusstsein, Disziplin und Fleiß verlangte,  
die er bis 1955 als Gymnasiallehrer auch von Gene-  
rationen von Schülern gefordert hatte.*

Der stets freundlich lächelnde, ebenso katholisch-  
wie preußisch-konservative Röder war freilich  
bereits im August 1933 als 24-jähriger Studien-  
assessor der NSDAP beigetreten. So ist sein Leben  
nicht nur Gegenstand von Anekdoten, sondern in  
den letzten Jahren auch einer Kontroverse gewor-  
den, in der um seine Rolle in der NS-Zeit und das  
Ausmaß seines »Nazitums« gestritten wurde.  
Publizistisch geführt wurde diese Kontroverse  
von zwei Autoren der »Saarbrücker Hefte«, Erich  
Später und Julian Bernstein, sowie Vertretern  
saarländischer Archive und der universitären  
Geschichtsforschung.<sup>1</sup> Ihre jeweiligen Positio-  
nen könnten gegensätzlicher kaum sein: Indem  
Erstere von Röders »politischem Einsatz für die

1 Vgl. Erich Später, Das Wort des Führers ist unser Befehl. Heinrich Schneider, ein deutscher Patriot, in: Saarbrücker Hefte 89 (2003), S. 95–103; ders., Der Landesvater. Die NS-Vergangenheit Franz-Josef Röders, in: Saarbrücker Hefte 110/111 (2014), S. 7–14; Julian Bernstein, Das Schweigekartell lernt sprechen, in: ebd., S. 5f.; ders., Moralisch im Reinen. Der Historiker Heinrich Küppers verharmlost in einer Biografie die NS-Vergangenheit des »ewigen« Ministerpräsidenten Franz Josef Röder, in: Saarbrücker Hefte 113/114 (2016), S. 36–42; Peter Wettmann-Jungblut, Im Schatten der Geschichte. Fakten und Überlegungen zu Franz Josef Röders Vergangenheit vor 1945, in: saargeschichte/n Heft 4 (2013), S. 4–14; Heinrich Küppers, Franz Josef Röder (1909–1979). Baumeister des Bundeslandes Saarland, St. Ingbert 2015.

deutschen Radikalfaschisten« sprechen, rücken sie ihn nolens volens zumindest in das nähere Umfeld dieser – wie auch immer zu definierenden – »Radikalfaschisten« und schreiben ihm als »Besatzungsfunktionär und langjährige[m] Aktivist der NSDAP« eine Mitverantwortung für die »deutsche Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik in den besetzten Niederlanden in den Jahren 1940–45« zu.<sup>2</sup> Letztere plädieren, um meine eigene Einschätzung zu wiederholen, aufgrund der bisher bekannten, eher spärlichen historischen Überlieferung »für ein vorsichtig abwägendes Urteil«, demgemäß Franz Josef Röder als Mitläufer beschrieben werden kann, der »dem NS-Regime zumindest ab 1940 mit einer gewissen Distanz gegenüberstand.«<sup>3</sup>

Es bleibt »in geschichtswissenschaftlichen und erinnerungspolitischen Zusammenhängen« nach wie vor von immenser Bedeutung, »die Involviertheit prominenter wie weniger bekannter Zeitgenossen« in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus aufzuklären.<sup>4</sup> An dieser Erkenntnis darf ebenso wenig gerüttelt werden wie an der Forderung, der Opfer des Nationalsozialismus und all derjenigen, die sich gegen ihn auflehnten, in würdiger Weise zu gedenken. Beides könnte, sofern der politische Wille dafür gegeben ist, durch die von der Landtagsverwaltung 2016 erwogene Einrichtung einer unabhängigen Historikerkommission gewährleistet und in die Wege geleitet werden. Erich Später und Julian Bernstein kann man zugutehalten, dass sie einige saarländische Erinnerungslücken schließen möchten und mit mitunter maßloser, aber nicht unberechtigter Polemik gegen altbekannte, verharmlosende Geschichtsdeutungen Position beziehen. In erinnerungspolitische Diskurse suchen sie allerdings geschichtswissenschaftliche »Erkenntnisse« einzuspeisen, die einer Überprüfung in vielen Fällen nicht standhalten.

Erich Später und Julian Bernstein betreiben, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, unseriöse Geschichtsschreibung, die mittels Tatsachenverdrehungen, Unterstellungen, fragwürdiger Analogieschlüsse und schlichtweg falscher Behauptungen fehlende oder schlampige Recherchen

sowie Un- und Halbwissen zu kaschieren bestrebt ist – mithin eine Art von Historiographie, die in jedem und nicht nur in dem hier behandelten Fall Franz Josef Röder kritikwürdig ist. Anstatt anhand der möglichst exakten Charakterisierung einer Person als Funktionär, Parteimitglied, Antisemit, Arisierungprofiteur oder Unterstützer erst die Möglichkeit zu schaffen, »konkrete Praktiken spezifischer Teilhabe an der NS-Diktatur zu identifizieren«, versuchen Später und Bernstein Röder eine Identität zuzuschreiben, die sich mangels entsprechender Quellen oder aufgrund einer äußerst dürftigen Quellenlage so »gar nicht ausweisen« lässt.<sup>5</sup> Anstatt über Röders Parteimitgliedschaft hinaus auf das zu blicken, was er tatsächlich tat<sup>6</sup>, machen sie Franz Josef Röder zur Unperson, indem sie seitenweise das beschreiben, was »die Deutschen taten«, und setzen ihn somit in einen nicht belegten Konnex mit den unbestreitbaren Gräueln der NS-Herrschaft in den Niederlanden. Anstatt die wenigen erhaltenen Quellen, aus denen sich Rückschlüsse auf Röders Handeln und Denken ziehen lassen, zu kontextualisieren und zu historisieren, lesen Später und Bernstein diese nur oberflächlich und entlang dogmatisch vorgegebener Interpretationslinien. Und anstatt schließlich zu fragen, ob ehemalige Mitglieder der NSDAP nicht nur lernunfähige »Bremsen« oder »Verhinderer« des langsamen, aber stetigen Demokratisierungsprozesses, sondern auch vollwertige Protagonisten des steinigen Weges in die Rechtsstaatlichkeit des jungen Saarlandes respektive der jungen Bundesrepublik waren, ziehen sie eine ungebrochene Linie aus Röders Vergangenheit in seine Zeit als saarländischer Ministerpräsident, in der die ihm zugeschriebene »braune« Identität und Ideologie angeblich seine politischen Entscheidungen prägten.

Fordert man Belege für ihre Behauptungen oder konfrontiert sie mit Dokumenten, die diese widerlegen, dann werden alle Gegenargumente – wie in der Podiumsdiskussion zu »Röders braunen Spuren?« am 8. Juli 2016 im Saarbrücker Schlosskeller geschehen – süffisant weggelächelt oder schlichtweg ignoriert. Derart immunisiert, unterstellen Später und Bernstein jedem Kritiker, Teil einer auf »Verharmlosung« zielenden Verschwörung zu sein. Sachliche Diskurse und methodisch korrekte, aber zeitraubende Wahrheitssuche machen sie verächtlich und ersetzen sie durch eine »Taktik des insinuativen Verdachts«.<sup>7</sup>

2 Später, Der Landesvater, S. 7 und 13.

3 Wettmann-Jungblut, Im Schatten der Geschichte, S. 12. Die Debatte erhielt, auch dies sei noch erwähnt, zusätzliche Nahrung durch die von der Fraktion DIE LINKE in Auftrag gegebene Publikation zu den »braunen Spuren im Saar-Landtag«. Im Vorwort plädierte Oskar Lafontaine für eine »differenzierte Beurteilung« der NSDAP-Parteimitgliedschaften und hob im Falle Röders hervor, dass dessen NSDAP-Zugehörigkeit seinen persönlichen Erfahrungen nach »nicht auf innerer Überzeugung beruhen konnte«. Vgl. Hans-Peter Klausch, »Braune Spuren im Saar-Landtag«. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, Saarbrücken 2013, S. 3.

4 Janosch Steuwer/Hanne Leßau, »Wer ist ein Nazi? Woran erkennt man ihn?« Zur Unterscheidung von Nationalsozialisten und anderen Deutschen, in: Mittelweg 36, 23,1 (2014), S. 50.

5 Vgl. ebd.

6 Vgl. Ulrich Herbert, Wer waren die Nationalsozialisten? Typologie des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Gerhard Hirschfeld/Tobias Jersak (Hg.), Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, Frankfurt a.M. 2004, S. 17–42, vor allem S. 38f.

7 Karsten Fischer/Peter Strohschneider, Dafür gehn wir meilenweit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. April 2017, S. 12.

### Wenig Fakten, viele Fiktionen: Röders Position im nationalsozialistischen Herrschaftssystem

Zu den bis heute bekannten zeitgenössischen Quellen bezüglich Franz Josef Röders Wirken in den Jahren 1933–1945 gehören zum einen die Karten aus der NSDAP-Gaukartei und der Kartei des Nationalsozialistischen Lehrerbundes<sup>8</sup>, die belegen, dass er am 1. August 1933 die Aufnahme in die NSDAP beantragte, dass er seit dem 1. Februar 1934 Mitglied des NSLB und zudem des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps Sturm 21/7 Saar war. Zum andern verwahrt das Archiv des Instituuts voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocide Studies (NIOD) in Amsterdam drei Schreiben Franz Josef Röders, die dieser in seiner Funktion als ehrenamtlicher Leiter der Zweigstelle Den Haag des DAAD 1943 verfasste.<sup>9</sup> Die Personalakte seines Vaters enthält ferner einen Brief vom 13. Januar 1937, mit dem dieser seine drohende Entlassung als Schulrat in Ottweiler abzuwenden suchte, unter anderem mit dem Verweis auf die nationalsozialistische Tätigkeit seines Sohnes.<sup>10</sup> Röder selbst publizierte 1934 und 1940 zwei kurze Zeitschriften- beziehungsweise Zeitungsbeiträge; über den des Jahres 1940 wird im nächsten Abschnitt noch ausführlich zu reden sein, der frühere ist nicht mehr überliefert.<sup>11</sup> Schließlich gibt es noch eine nach 1945 entstandene Quelle, die Entnazifizierungsakte des sich um eine Anstellung im saarländischen Schuldienst bewerbenden späteren Ministerpräsidenten, die allerdings nur in Teilen überliefert ist.<sup>12</sup>

Röders früher Eintritt in die NSDAP, der letztendlich für die im Entnazifizierungsverfahren verhängte Sanktion verantwortlich gewesen sein dürfte, ist in den eingangs erwähnten Debattenbeiträgen bereits ausführlich abgehandelt worden. Julian Bernstein glaubt, auch hinreichende Beweise für eine Mitgliedschaft Röders in der SA zu besitzen, woraus sich »das Bild eines jungen nationalsozialistischen Kaders« ergäbe.<sup>13</sup> Keine

der vorhandenen Karteien der NSDAP enthält diesbezüglich einen Hinweis, auch nicht die im Bundesarchiv überlieferten Personalunterlagen von SA-Angehörigen. Bernsteins Behauptung gründet allein auf dem oben angeführten Brief Franz Röders, in dem dieser ausführt, sein Sohn Franz Josef sei »vor der Rückgliederung Mitglied der Partei und sogar der illegalen SA« gewesen.<sup>14</sup> Bernstein erkennt zwar an, dass Röder Senior alles tun musste, um durch Betonung einer möglichst großen Regimenähe der Vernichtung seiner beruflichen Existenz entgegenzuwirken, hält aber seine Behauptung für glaubwürdig, da Franz Röder nicht das »Risiko« einer falschen Angabe eingegangen wäre. Eine Erläuterung, worin 1937 das »Risiko« bestand haben sollte, den Sohn fälschlicherweise als SA-Mitglied zu bezeichnen, bleibt er jedoch schuldig.

Ebenso wenig zieht Bernstein in Betracht, dass sich Röder Senior aufgrund der Ähnlichkeit der Uniformen von SA und NSKK über die entsprechende Formationszugehörigkeit seines Sohnes geirrt haben könnte. Das »Braunhemd« war auch der »Große Dienstanzug« der NSKK und die »Farbe der Achselstücke« entsprach der »Farbe der SA-Gruppe, in deren Bereich die NSKK-Einheit lag.« Lediglich Kragenspiegel, Hose, Lederzeug und Feldmütze waren »bei der NSKK-Uniform schwarz.«<sup>15</sup> Als Scharführer hatte Franz Josef Röder den untersten Rang der NSKK-Unterführer inne und beteiligte sich in dieser Funktion wohl auch an der kraftfahrtechnischen Betreuung der Motor-HJ-Scharen; diese »Leitungsfunktion« verschwie er keineswegs, wie Bernstein wahrheitswidrig behauptet, in seinem Entnazifizierungsverfahren, sondern gab an, dass er dem NSKK von März 1935 bis Oktober 1937 angehört habe und »als Scharführer 1937 ausgeschieden« sei.<sup>16</sup> Dass Röder, der seinen Fragenbogen akribisch und detailliert ausfüllte und in seinem Personalblatt gar auf die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse ohne Schwerter im Jahr 1944 hinwies, seine angebliche SA-Mitgliedschaft »aus gutem Grund« verschwiegen haben sollte, ist wenig plausibel. Er hätte im Falle einer erwiesenen Lüge im gerichtlichen Spruchkammerverfahren ernsthafte Konsequenzen wegen einer Falschaussage zu gewärtigen gehabt – sein »Risiko«, deswegen nicht in den saarländischen Schuldienst übernommen zu werden, war ungleich höher als das seines Vaters, der 1937 darum kämpfte, nicht aus dem Schuldienst entlassen zu werden.

Es sind solch fragwürdige, mitunter unbelegte Behauptungen und kleine, eine Vielfalt von

8 Ehemals im amerikanischen Berlin Document Center, seit 1994 im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde verwahrt.

9 NIOD, Best. 020 Generalkommissariat für Verwaltung und Justiz, Nr. 469 und Nr. 593: Schreiben Röders an Dr. Wimmer, Generalkommissar für Verwaltung und Justiz, vom 17. April und 11. Oktober 1943, sowie Best. 169 Rost van Tonningen, M.M., Nr. 583: Brief Röders an den Präsidenten der Niederländischen Bank, M. Rost van Tonningen, vom 4. November 1943.

10 Landesarchiv Saarbrücken (=LAS), Best. MK-PA, Nr. 1292, S. 29–34.

11 Röder weist in den Erläuterungen zu seinem Fragebogen auf seinen Beitrag »Zur geographischen und geopolitischen Stellung des Saargebietes« hin, veröffentlicht in: Deutsche Schule an der Saar. Zeitschrift der saarländischen Lehrerschaft, 1934. In den unvollständigen Jahressbänden der Saarländischen Universitäts- und Landesbibliothek ließ sich der Artikel nicht finden.

12 Die Teile finden sich in LAS, Best. StK-PA, Nr. 3 und LAS, Best. MK, Nr. 751: Personalblatt Dr. Franz Josef Nikolaus Röder.

13 Bernstein, Moralisch im Reinen, S. 37f.

14 LAS, Best. MK-PA, Nr. 1292, Schreiben des Kreisschulrates von Ottweiler an die Regierung, Abt. III, vom 13. Januar 1937, S. 33f.

15 Vgl. Dorothee Hochstetter, Motorisierung und »Volksgemeinschaft«. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931–1945, München 2005, S. 86.

16 LAS, Best. MK, Nr. 751, Seite 2 des Fragebogens vom Januar 1948.

Assoziationen erweckende »Fehler«, die in ihrer Summe die Artikel der »Saarbrücker Hefte« derart tendenziös machen. Röder, so Bernstein, wechselte 1937 »in den begehrten Auslandsschuldienst in die Niederlande«<sup>17</sup> – doch Röder wechselte nicht, sondern fand nach zwei Jahren als Hilfs- und Vertretungslehrer erstmals eine sichere Vollzeit-Anstellung. Mitte der 1930er Jahre betrug die Wartezeit, die Studienassessoren nach ihrer Lehramtsprüfung bis zur endgültigen Beschäftigung im Schuldienst warten mussten, teilweise zehn Jahre und mehr – es war also die materielle Not der Junglehrer, die eine Stelle im Ausland so »begehrt« machte. Dass, wie Später schreibt, »die deutschen Schulen in den Niederlanden« nach der Machtübernahme »zu Multiplikatoren der NS-Ideologie« wurden<sup>18</sup>, ist völlig zutreffend, unterscheidet sie aber in keiner Weise von jeder beliebigen Schule im Deutschen Reich und lässt auch nicht den Schluss zu, dass Röder sich als eben solcher Multiplikator betätigt hat. Eindeutig falsch ist Späters Behauptung, Röder sei »1937 Mitglied der illegalen Ortsgruppe der NSDAP in Den Haag«<sup>19</sup> geworden, denn diese gab es zu diesem Zeitpunkt gar nicht. Seine NSDAP-Mitgliedskarte, die Später selbst abgedruckt hat, verzeichnet erst ab dem 1. November 1940 die Zugehörigkeit zu einer Ortsgruppe »Den Haag« im Gau »Holland«.

Es existieren auch keine Hinweise darauf, dass sich Röder in Den Haag »weiter im Sinne der NSDAP« betätigte.<sup>20</sup> Wahrscheinlicher ist, dass Röder die Tätigkeit für den DAAD aufnahm, um der Parteiarbeit zu entkommen. Der intensiven Berichterstattung der »Deutschen Zeitung in den Niederlanden« verdanken wir zwar zahlreiche Belege für die Tätigkeit seines Schulleiters Walter Söchting, etwa als Mittelsmann der von völkisch-rassischem Gedankengut dominierten »Nordischen Gesellschaft«, als Mitglied der Niederländisch-Deutschen Kulturgemeinschaft mit Sitz in Den Haag oder als Leiter des NSDAP-Stützpunktes Voorburg, aber keinen einzigen für vergleichbare Aktivitäten Röders. Woher Erich Später die Informationen zu Röders Betätigung »im Sinne der NSDAP« bezieht, wird an keiner Stelle ausgeführt. Ausführlich und en detail werden die Mord- und Ausbeutungsmaßnahmen der deutschen Besatzer in den Niederlanden geschildert, um dem Leser den von Später intendierten Analogieschluss nahezulegen: Franz Josef Röder war in den Niederlanden, er trägt in jedem Fall (Mit-) Verantwortung für das Geschehen.

Derartige unzulässige Analogien finden sich auch bei der Rekonstruktion von Röders ehrenamtlicher Tätigkeit für den DAAD. Wenn wir fragen, wer vor Beginn der Nazi-Herrschaft ein Nazi war, dann bezeichnen wir damit gemeinhin einen



»Vertreter der nationalsozialistischen Ideologie«, der sowohl an seiner »organisatorischen Zugehörigkeit zur NSDAP« als auch an seinen »politischen Äußerungen« oder seinem »politischen Verhalten« erkennbar war. Auf die Frage, wen man nach 1933 als Nationalsozialisten bezeichnen kann und muss, wäre die Antwort: jede »Person, die zur NS-Herrschaft in welcher Form auch immer beigetragen hat«, was nun aber nicht allein an ihren politischen Überzeugungen, sondern auch an ihrer »Beziehung zum NS-Regime und seiner verbrecherischen Politik« festgemacht werden sollte. Röders Tätigkeit für den DAAD erfüllt diese Bedingung einer Beziehung zum NS-Regime, wenn gleich keines seiner drei Schreiben aus dem Jahr 1943 auf eine (ausgeprägte) nationalsozialistische Überzeugung schließen lässt. Wir sollten aber zugleich der Tatsache Rechnung tragen, dass sich nach 1933 die Bedeutung der Bezeichnung »Nationalsozialist« durch die nationalsozialistische Herrschaft selbst wandelte: Die »etablierten Indikatoren« der Unterscheidung zwischen Nazi und Nicht-Nazi, also Parteimitgliedschaft und/oder politisches Verhalten, büßten ihre Unterscheidungskraft ein, da danach niemand mehr – und vor allem kein Inhaber eines öffentlichen (Ehren-) Amtes – »öffentlich für sich in Anspruch nehmen konnte, einen anderen politischen Standpunkt als den des Nationalsozialismus zu vertreten.«<sup>21</sup>

Solche Überlegungen sind Später und Bernstein fremd. Für sie scheint Adornos bekanntes Diktum vom »Es gibt kein richtiges Leben im falschen«<sup>22</sup> der einzige Referenzpunkt für ihre Beurteilung des Lebens von Franz Josef Röder zu sein. Da Später und Bernstein über Franz Josef Röders Leben und seine Tätigkeit für den DAAD in den besetzten Niederlanden nichts wissen, präsentieren sie den Lesern lieber die verbrecherischen Spitzen des DAAD und suggerieren damit im Sinne einer »Kontaminationstheorie«, dass bei solchen Führungskräften auch das kleinste Rädchen ein fanatischer Nazi gewesen sein müsse. In Späters Darstellung war der DAAD dem Außenpolitischen Amt der NSDAP unterstellt, welches von Alfred Rosenberg, der 1946 als Hauptkriegsverbrecher hingerichtet wurde, geleitet wurde – richtig ist allerdings, dass Rosenberg seit 1933 nur Mitglied im Vorstand des DAAD war, während das DAAD nach dem »Röhm-Putsch« dem neugegründeten

*Die »Motorgarde« der DDAC-Ortsgruppe Ottweiler, vermutlich im Januar 1935.  
(Klaus Rath: Laßt summen die Motore. Der Motor im Dienste der Saarabstimmung. Berlin-Schöneberg 1935, S. 57)*

17 Bernstein, *Moralisch im Reinen*, S. 36.

18 Später, *Der Landesvater*, S. 9.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Vgl. Steuer/Leßau, »Wer ist ein Nazi?«, S. 33f.

22 Theodor W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt a.M. 1969, S. 42.

Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unterstellt war. 1941 wurde der DAAD dann in das Deutsche Studienwerk für Ausländer (DAS) integriert, dessen Leitung seit 1943 der SS-Offizier Werner Braune innehatte, der 1951 wegen zehntausendfachen Mordes in Nürnberg verurteilt und hingerichtet wurde.

Die praktischen Erfolge der »Ansteckung« sieht Später dadurch gegeben, dass Röders Schreiben vom 17. April 1943 für seine Mitbeteiligung »an dem zentralen Memorandum« spreche, das Friedrich Wimmer, Generalkommissar für Verwaltung und Justiz, für die Spitze der deutschen Zivilverwaltung verfasst hatte. Es bleibt unklar, um welches Memorandum es sich handelte, warum und wofür es zentral war und in welchem Zusammenhang Brief und Memorandum standen. Der einschlägigen Literatur ist zu entnehmen, dass Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart durch Verordnung vom 11. März 1943 alle holländischen Studenten verpflichtet hatte, nach dem Studienabschluss »eine bestimmte Zeit im Rahmen des Arbeitseinsatzes zu arbeiten«, die Mehrzahl der Studenten die bis 10. April geforderte Unterschrift unter diese »Loyalitätsbekundung« jedoch verweigerte. Wimmer hatte dem Reichskommissar in einem Memorandum vom 20. April 1943, dem er Röders Schreiben vom 17. des Monats als Anlage beifügte, die Schließung aller Universitäten empfohlen und zugleich vorgeschlagen, allen niederländischen Studenten ein Studium an deutschen Universitäten nahezu legen.<sup>23</sup> Schließlich behauptet Später, Franz Josef Röder habe »kein Verständnis (...) für die sich den Nazis verweigern den holländischen Studenten« gehabt, obwohl sich keine auch nur annähernd vergleichbare Aussage findet und Röder lediglich konstatiert, es gäbe eine »Gruppe von Studierenden, (...) die sich von den Unruhestiftern an den Hochschulen bewußt distanzieren.«<sup>24</sup> Im Unterschied zu den getroffenen Zwangsmaßnahmen betont Röder gar »die Freiwilligkeit« der Dienste, die die von ihm betreuten Studenten bisher geleistet hätten. Auch hier ist Späters Intention offensichtlich: Durch unklare Formulierungen in Verbindung mit der »beiläufigen« Erwähnung, dass nahezu 3.000 dieser »unruhigen« Studenten deportiert worden und mehr als 140 von ihnen als Zwangsarbeiter gestorben seien, entsteht unweigerlich ein Bild von Röders schuldhafter Verstrickung in beziehungsweise aktiver Arbeit für das brutale NS-Besatzungssystem in den Niederlanden.

Welche Früchte solche an nachweisbaren Fakten nicht interessierte historische Erzählungen gelegentlich tragen, zeigt eine Publikation,

die unter der Federführung von Eberhard Wagner entstand. Es ist schon einigermaßen erstaunlich, dass eine Veröffentlichung zu den Orten des NS-Terrors und Widerstands im Landkreis St. Wendel Franz Josef Röder ein Kapitel widmet. Erschreckend wirkt allerdings ein Satz, der die Wirkung falscher Analogien und des von Später und Bernstein immer mitgedachten »Er-stand-zwar-nicht-an-der-Rampe, aber ...« verdeutlicht: »An den Judendeportationen war Röder zwar nicht direkt beteiligt, aber in den Organisationen tätig, die diese erst möglich machten und für das geschmeidige Funktionieren des NS in den Niederlanden sorgten.«<sup>25</sup>

### Die Propaganda-Lüge

Ein zentrales Argument für Späters und Bernsteins These von Röders »aktivem Nazitum« stellt seine Rolle als »Propagandist« der deutschen Besatzungsmacht dar. Ihre Beweisführung gründet auf einem einzigen Artikel, den Franz Josef Röder während seiner Dienstzeit an der Deutschen Schule Den Haag verfasste und der in drei deutschen Versionen sowie einer niederländischen Übersetzung erschien. Vermutlich geht Röders historische Betrachtung auf die Anregung seines Schulleiters Walter Söchting zurück und war ursprünglich als originärer Beitrag für das von diesem herausgegebene »Niederlandbuch« konzipiert. Söchting spricht davon, dass die Idee zu dem Band »schon lange vor den Maitagen 1940« entstanden sei. Wahrscheinlich verstrich durch den Westfeldzug und die Besetzung der Niederlande wesentlich mehr Zeit bis zur Publikation als ursprünglich geplant, weshalb Söchting den Beitrag Röders als »vorveröffentlicht in ...« bezeichnet.<sup>26</sup> Das »Niederlandbuch« erschien schließlich Anfang 1942, ebenso wie die zweite Auflage von 1943, im Frankfurter Verlag Moritz Diesterweg. Erst die zweite Auflage scheint auch in den niederländischen Buchhandel gelangt zu sein, denn einschlägige Werbeanzeigen und drei kurze Rezensionen in niederländischen Tageszeitungen und Zeitschriften sind ausschließlich in der ersten Jahreshälfte 1943 nachweisbar.<sup>27</sup>

23 Vgl. Johannes Koll, Arthur Seyß-Inquart und die deutsche Besatzungspolitik in den Niederlanden (1940–1945), Wien/Köln 2015, S. 508, und Gerhard Hirschfeld, Die Universität Leiden unter dem Nationalsozialismus, in: Geschichte und Gesellschaft 23,4 (1997), S. 578.

24 Später, Der Landesvater, S. 12, und NIOD, Best. 020, Nr. 469.

25 Gegen das Vergessen. Orte des NS-Terrors und Widerstandes im Landkreis St. Wendel, hg. von der Aktion 3. Welt Saar und dem Verein Wider das Vergessen und gegen Rassismus e.V. Marpingen, Losheim/Marpingen 2015, S. 18.

26 Walter Söchting (Hg.), Das Niederlandbuch. Sammlung deutscher und niederländischer Arbeiten, 2. erw. Aufl., Frankfurt a.M. 1943, S. V und 386.

27 Diese Aussage basiert auf der Suche im umfassenden Online-Portal der Koninklijke Bibliotheek: <http://www.delpher.nl/nl/kranten>, das eine detaillierte Volltextrecherche in allen niederländischen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln oder Buchpublikationen der Besatzungszeit ermöglicht. Alle weiteren Zitate aus oder Hinweise auf niederländische Publikationen sind, sofern nicht mit einer speziellen Fußnote gekennzeichnet, ebenfalls den Digitalisaten dieses Portals entnommen.



Als Ganzes betrachtet, muss das »Niederlandbuch« fraglos in die Kategorie Propagandawerk eingeordnet werden, mit dem sein Herausgeber im Sinne des Reichskommissars für die seit dem späten 19. Jahrhundert in bildungsbürgerlichen Kreisen verbreitete Idee warb, dass zwischen Niederländern und Deutschen uralte Wahlverwandtschaften bestünden, dass die Niederlande sich dem Reich (innerlich) anschließen müsse und dadurch jene »Fehlentwicklung« revidiert würde, die zu der im Westfälischen Frieden staatsrechtlich verankerten Trennung vom Heiligen Römischen Reich geführt hatte. Diese Feststellung entbindet allerdings nicht von der Pflicht, sich sowohl die Komposition als auch die einzelnen Beiträge des Sammelbandes genau anzuschauen. Eine wissenschaftsmethodischen Minimalstandards genügende Quellenkritik, die das Lesepublikum nicht zu lenken, sondern zu informieren trachtet, legt nicht fest, was geschrieben werden kann, bestimmt jedoch, was nicht geschrieben werden darf. Solche Standards missachtet Erich Später, wenn er schreibt, das Buch versammele »als Autoren einen Querschnitt hoher Chargen der deutschen Besatzungsmacht, NS-Wirtschafts- und Kulturfunktionäre, die zusammen mit holländischen Kollaborateuren ihre Beiträge über die Vergangenheit und Zukunft Hollands, speziell über Wirtschaft, Nationalsozialismus und Juden publizierten.«<sup>28</sup> Unglücklicherweise lassen sich diese Behauptungen kaum verifizieren, wie eine über die Lektüre des Inhaltsverzeichnisses hinausreichende Betrachtung des Sammelbandes zeigen kann. 60 der insgesamt auf rund 350 Textseiten verteilten 70 Beiträge weisen einen namentlich erwähnten Verfasser auf, doch es scheint Erich Später völlig entgangen zu sein, dass fast ein Drittel der Autoren schon seit Jahr(hundert)en tot war. So muss es sein wohlbehütetes Geheimnis bleiben, inwiefern Texte von Friedrich Schiller, Erasmus von Rotterdam, Vincent van Gogh, gar ein Gedicht Max Dauthendey's, eines von den Nationalsozialisten als »undeutsch« verfemten Dichters, »die propagandistische Begleitmusik für die deutsche Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik in den besetzten Niederlanden in den Jahren 1940–1945« liefern konnten.<sup>29</sup>

Ad absurdum werden ferner die elementaren Regeln der Mengenlehre geführt, wenn eine einzige Person – Hans Fischböck, seit 1940 Generalkommissar für Wirtschaft und Finanzen in den Niederlanden – den »Querschnitt hoher Chargen der deutschen Besatzungsmacht« bilden soll. Die Mehrzahl der Autoren waren deutsche oder holländische Publizisten und (Hoch-)Schullehrer, die

teilweise Funktionen in der Kulturverwaltung bekleideten. Zu letzteren zählen etwa Hans Friedrich Blunck, von 1933 bis 1935 Präsident der Reichsschrifttumskammer, oder Franz Vermeulen, Ministerialrat im Rijksbureau voor Monumentenzorg. Zum Kreis der holländischen Kollaborateure darf man mit Sicherheit P. Molenbroek, Redakteur der antisemitischen Zeitschrift »De Misthoorn«, Jan de Vries oder Hendrik Krekel rechnen.<sup>30</sup> Bei anderen wiederum ist es fraglich, ob ihre Sympathien für Deutschland die Grenze zur Kollaboration überschritten, beispielsweise bei Nicolas Japiske, seit 1928 Direktor des Koninklijk Huisarchief und Geschichtslehrer von Kronprinzessin Juliana. Es sollte schließlich nicht unerwähnt bleiben, dass auch Paul Kaetzke einen Beitrag mit dem Titel »Die kirchliche Lage in den Niederlanden« beisteuerte.<sup>31</sup> Kaetzke wirkte von 1936 bis 1966 als Pfarrer der Deutschen Evangelischen Gemeinde in Den Haag. Als Militärpfarrer der in Holland stationierten deutschen Kriegsmarine hatte er auch Zugang zu den Gefängnissen, wo er sich um zahlreiche inhaftierte Niederländer kümmerte. Paul Kaetzke sympathisierte mit der Bekennenden Kirche und bot in seinem Gotteshaus wiederholt verfolgten Niederländern eine Zufluchtsstätte.<sup>32</sup> Die Bundesrepublik ehrte ihn für sein mutiges Handeln ebenso wie die Niederlande, die ihn 1957 zum »Officier in de orde van Oranje Nassau« ernannte.<sup>33</sup> Mit Kaetzke stand Franz Josef Röder bis in die späten 1950er Jahre in freundschaftlichem Briefkontakt, was darauf schließen lässt, dass beide auch in der Zeit der deutschen Besatzung regen Kontakt pflegten.<sup>34</sup>

So heterogen die Autorenschaft des »Niederlandbuchs« war, so heterogen waren auch die Inhalte der Beiträge. Das Gros der Aufsätze widmete sich der holländischen (Geistes-)Geschichte, Literatur und Kunst; die Behauptung, es seien vor allem die Themenbereiche Wirtschaft, Nationalsozialismus und Juden abgehandelt worden, würde sich zwar nahtlos in Späters These von der »propagandistischen Begleitmusik« fügen, ist aber keineswegs zutreffend. So füllen Wirtschaftsthemen weniger als 50 Seiten, explizit antisemitisch sind die beiden Beiträge »Die Juden in den Niederlanden« und »Spinoza«. Antisemitische Anklänge

28 Später, *Der Landesvater*, S. 12. Bernstein, *Moralisch im Reinen*, S. 37, bezeichnet den Sammelband in ähnlicher Diktion als »Gemeinschaftspublikation hoher Funktionäre der deutschen Besatzungsmacht und niederländischer Kollaborateure.«

29 Später, *Der Landesvater*, S. 13.

30 Vgl. Christiaan Janssen, *Abgrenzung und Anpassung. Deutsche Kultur zwischen 1930 und 1945 im Spiegel der Referentenorgane »Het Duitsche Boek« und »De Weegschaal«*, Münster/New York 2003, S. 31f. und 30f.; zu Hendrik Krekel: Ivo Schöffer, *Het nationaal-socialistische beeld van de geschiedenis der Nederlanden. Een historiografische en bibliografische studie*, Utrecht, 2. Aufl. 1978, S. 324–326.

31 Söchting (Hg.), *Das Niederlandbuch*, S. 237–240.

32 Vgl. Katja Happe, *Deutsche in den Niederlanden – IV. Die Besatzungszeit in den Niederlanden*, <https://www.uni-muenster.de/NiederlandeNet/nl-wissen/geschichte/vertiefung/migranten/besatzung.html> [Abruf 14. 4. 2017].

33 Vgl. *De Tijd*, 10. Dezember 1957, S. 3.

34 Vgl. dazu den Briefwechsel in: LAS, Best. NL Röder, Nr. 178, o.S.



*Das Realgymnasium Dillingen (heute Albert-Schweitzer-Gymnasium) feiert sein 50-jähriges Bestehen. Direktor Röder (l.) begrüßt den Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, rechts daneben Innenminister Edgar Hector, 5. Oktober 1953. (LAS, NL BarbianW 2958)*

finden sich auch in dem Beitrag »Der Weg der niederländischen Parteien«, der zudem wie Walter Söchtings »Das Deutschtum in den Niederlanden« den unterjochten Holländern die »Errungenschaften« des Nationalsozialismus nahebringen will.

Franz Josef Röders Aufsatz im »Niederlandbuch« trägt den Titel »Marnix von St. Aldegonde vor dem Reichstag in Worms 1578. Ein Hilferuf der Niederlande an das Reich«. <sup>35</sup> Die erste, leicht gekürzte Version in der »Deutschen Zeitung in den Niederlanden« datiert vom 16. Oktober 1940 und ist hier als »Hilferuf an das Reich. Eine zeitnahe Erinnerung aus der niederländischen Geschichte/ St. Aldegonde vor dem Reichstag zu Worms 1578« betitelt. Röders Beitrag ist auf der fünften von acht Seiten platziert – wahrlich alles andere als ein Leitartikel oder Aufreißer, sondern eher ein Lückenfüller. Röder macht sich am Ende fraglos die Diktion des zynischen Paternalismus Seyß-Inquarts zu eigen, doch es sei nochmals daran erinnert, dass ein Zeitungsartikel 1940 keinen anderen politischen Standpunkt als den des Nationalsozialismus vertreten konnte. Seyß-Inquart hatte im Mai 1940 eine Politik der »ausgestreckten Hand« verkündet und dem »eng verwandten germanischen Volk« der Niederländer das »Angebot« unterbreitet, die Ideologie und das politische System des National-

sozialismus zu übernehmen. <sup>36</sup>

Zugleich scheint die Redaktion der DZN den zweideutigen Charakter mancher Textpassagen erkannt zu haben. Bereits den ersten Satz der späteren Versionen: »In der bewegten und oft so unglücklichen Geschichte der Niederlande gibt es kaum ein Ereignis von größerer und schicksalhafterer Bedeutung als die Rede (...)«, änderte sie dahingehend, dass das »und oft so unglücklichen« gestrichen wurde. Fünf Monate nach dem Überfall auf die Niederlande schien es weder opportun noch ratsam, von der »oft so unglücklichen« Geschichte des kleinen Nachbarlandes zu sprechen, dessen Einwohnern die nationalsozialistischen Besatzer »eine eigentümliche Rolle als ›Junior-Germanen‹ zugebracht« hatten. <sup>37</sup> Auch andere Passagen aus Röders historischer Parabel, die als literarische Gattung ethische Grundsätze durch Übertragung in einen anderen Vorstellungsbereich oder eine andere Epoche begreifbar machen will, erlauben ambivalente Deutungen, etwa wenn der Autor Marnix sagen lässt: »Wenn die Erfahrungen unserer Tage den Deutschen die Augen noch nicht geöffnet haben, so müssten sie doch durch das bejammernswerte Schicksal der Niederlande, die vor dem Abgrund stehen, belehrt werden.« <sup>38</sup> All dies macht Röder nicht zum Widerständler; man kann (und konnte 1940) jedoch die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass im »Marnix« ein »Schreiben zwischen den Zeilen« aufscheint, das »auf formal kaum angreifbare Weise« eine gewisse Distanz zur Politik des NS-Regimes dokumentiert. Wenn auch im Falle Röders Vorsicht bei der retrospektiven Einschätzung eines eventuell als »Schreiben zwischen den Zeilen« intendierten Artikels geboten ist, dann gründet sie vor allem in der »Fragilität« des Schreibens sowie seiner »Abhängigkeit vom geistigen Gleichklang zwischen Autor und Leser – und von des letzteren Auslegungskunst.« <sup>39</sup>

Der »propagandistische Gehalt« von Röders Schrift, die sich zudem dem gewohnten Vokabular der offiziellen nationalsozialistischen Berichterstattung und Publikationen fast gänzlich verweigert, ist offensichtlich gering. Gleiches gilt für ihre Verbreitung, zumindest im Hinblick auf ihre niederländischen Adressaten. Die DZN war »in erster Linie für die in den Niederlanden ansässigen Deutschen, vor allem für die dort stationierten deutschen Soldaten bestimmt.« Ihre Auflage schwankte zwischen 30.000 Exemplaren im Juli 1940 und 55.000 im Mai 1942, wobei dem Verleger die Abnahme von rund 30.000 Exemplaren durch die deutschen Verwaltungsbehörden

<sup>35</sup> Philipp Marnix von St. Aldegonde war Berater Willems von Oranien und gilt als Verfasser des »Het Wilhelmus«, eines Widerstandsgedichts aus den holländischen Befreiungskriegen, das 1932 zur offiziellen Nationalhymne der Niederlande erklärt wurde. Die Niederländer sahen in ihm ihren Freiheits- und Unabhängigkeitswillen verkörpert; für die Nationalsozialisten hingegen hatte Marnix als Verteidiger jener Niederlande gesprochen, die nicht aus dem Reichverband herausgerissen werden wollten. Vgl. Koll, Seyß-Inquart, S. 158–161.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 71–77 und 195–212.

<sup>37</sup> Christoph Sauer, Der aufdringliche Text. Sprachpolitik und NS-Ideologie in der »Deutschen Zeitung in den Niederlanden«, Wiesbaden 1998, S. 15.

<sup>38</sup> Zit. nach: Das Niederlandbuch, S. 147.

<sup>39</sup> Vgl. Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 1989, S. 128f. und 133.

garantiert wurde. Die DZN floss folglich vor allem in deutsche Besatzungskanäle und wurde über »Dienststellen, Ämter, Stäbe sowie Kantinen und Offizierskasinos« vertrieben. Die niederländische Bevölkerung erreichte sie »so gut wie gar nicht«, lehnte diese das Blatt doch von vornherein als Propagandaorgan ab.<sup>40</sup>

Wie Röder mit einer einzigen Publikation »aus der Anonymität« hervortreten und »publizistische Erfolge« feiern konnte, »die er vor der deutschen Besatzung nicht gekannt« hatte und die ihn »in den Niederlanden bekannt machten«<sup>41</sup>, ist schwer erkennbar. 1941 erschien die Schrift dann als je 20-seitige Broschüre in deutscher Sprache und niederländischer Übersetzung – in der Röder nicht als Autor genannt wurde – jeweils flankiert von einer Einleitung Siegfried Hinderdaels und aufgepeppt durch mehrere Seiten mit Faksimiledrucken des original lateinischen Textes. Wer beide Publikationen veranlasste, konnte nicht festgestellt werden. Denkbar wäre eine diesbezügliche Einwirkung Rost van Tonningens, des einflussreichsten und von Heinrich Himmler protegierten holländischen Kollaborateurs, in dessen Nachlass sich eine Kopie des Röderschen Artikels in der DZN findet.<sup>42</sup> Was die Auflagenhöhe der Broschüren betrifft, so räumt selbst Bernstein ein, dass diese »nur schwer zu eruieren« sei, verweist aber zugleich auf die »breite« Rezeption »in der niederländischen Massenpresse«.<sup>43</sup> Diese Rezeption in insgesamt zehn Tageszeitungen galt jedoch einzig und allein der niederländischen Version Hinderdaels, dem aufgrund seines Vorwortes auch generell die Urheberschaft zugeschrieben wurde, was Bernsteins Behauptung von Röders »publizistischen Erfolgen« und niederlandeweiter »Bekanntheit« in erheblichem Maße konterkariert.

Als Kronzeugen für Röders »grobe Geschichtsfälschung« in propagandistischer Absicht führt Bernstein eine Besprechung der Wochenschrift »De Weg« an, obwohl auch dort nur Kritik an Hinderdaels Broschüre und dessen Arbeit geübt wird.<sup>44</sup> Nun war »De Weg«, wie ein Blick auf das Titelblatt der betreffenden Ausgabe leicht erkennen lässt, das Wochenblatt der »Nationaal Front«, einer von dem ehemaligen Priesterseminaristen Arnold Meijer gegründeten, bis April 1940 »Zwart Front« genannten faschistischen Splitterpartei. Die »Nationaal Front« war militant katholisch, scharf antisemitisch – woran wiederum eine gehässige Karikatur auf Seite 5 keinen Zweifel lässt – und antimarxistisch, lehnte aber jede Form

einer Eingliederung der Niederlande in ein »Großgermanisches Reich« entschieden ab.<sup>45</sup> Meijers Partei geriet in Konflikt mit zu annektionistischen Plänen neigenden faschistischen Parteien, etwa der NSNAP und der NSB unter Mussert und Rost van Tonningen. Ihr Ende kam Mitte Dezember 1941, als alle faschistischen Parteien mit Ausnahme der NSB verboten wurden.<sup>46</sup>

Dass Julian Bernstein den Artikel eines faschistischen Parteiorgans als vorgeblichen Beweis für die Fehlleistungen von Röders faschistischem Propagandastück verwendet, mag für einen Mann seiner politischen Couleur eher Verals Bewunderung hervorrufen. Nicht zu tolerieren ist jedoch die Tatsache, dass er die politische Ausrichtung seines Hauptbelastungszeugen den Lesern verheimlicht, ja bewusst verschweigt, dass er seine eigene Argumentation auf die »wertfreie« Feder eines Publikationsorgans stützt, das 1941 aus keineswegs ehrenwerten Gründen noch nicht »gleichgeschaltet« war. Bernstein unterschlägt einfach die Information, dass die dort veröffentlichte Kritik sich gegen Siegfried Hinderdael richtete und einen innerholländischen Konflikt zwischen rivalisierenden faschistischen Gruppierungen dokumentiert. Denn Siegfried Hinderdael, Sohn des bekannteren flämischen Schriftstellers Jef Hinderdael, teilte gleich seinem Vater Anton Musserts Vorstellungen vom Aufbau eines »neuen Europas« und von einem »dietsen« oder großniederländischen, alle niederländisch-flämische Sprachgebiete vereinenden Staatsverband unter deutscher Führung. Von einem Journalisten dürfte man erwarten, dass er die umfassende Informationspflicht als eine der ethischen Grundregeln seines Berufsstandes ernst nimmt. Stattdessen suggeriert Bernstein seinen Lesern abschließend, das vierzehn Tage nach Erscheinen der »wahrheitsliebenden« Besprechung verhängte Verbot von »De Weg« sei allein Ausfluss der Unterdrückung der ehemals demokratischen niederländischen Presse gewesen.<sup>47</sup>

### **Black Box »Nazi« und »Ewiggestrige«**

Franz Josef Röder bewarb sich Ende 1947, nachdem

40 Vgl. Gabriele Hoffmann, NS-Propaganda in den Niederlanden. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940–1945, München/Berlin 1972, S. 81 und 89ff.

41 Bernstein, *Moralisch im Reinen*, S. 41.

42 NIOD, Best. 169 Rost van Tonningen, M.M., Nr. 387.

43 Bernstein, *Moralisch im Reinen*, S. 40.

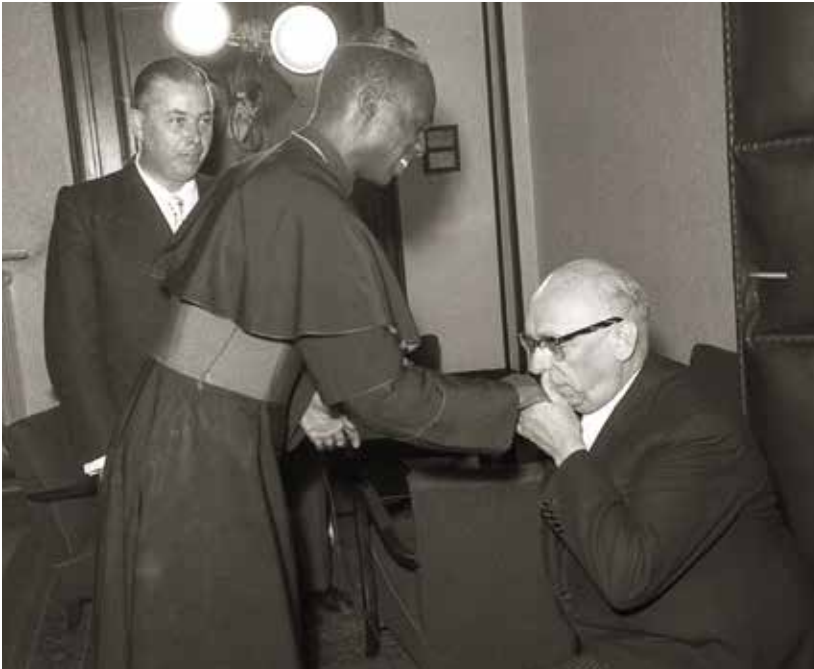
44 *De Weg*, Nr. 16 vom 16. August 1942, S. 8–12.

45 Vgl. Gerhard Hirschfeld, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart 1984, S. 156–158. – Meijer selbst rief am 28. Juni 1941, sechs Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion, als erster Niederländer zur Gründung einer SS-Freiwilligen Legion »Nederland« auf, die das Deutsche Reich im Kampf gegen den Bolschewismus unterstützen sollte; vgl. René Vos, *Niet voor publicatie. De legale Nederlandse pers tijdens de Duitse besetting*, Amsterdam 1988, S. 199f.

46 Vgl. Koll, *Arthur Seyß-Inquart*, S. 242–245.

47 Die Mehrzahl der niederländischen Presseorgane wurde nicht verboten, sondern fügte sich, um keine Einstellung zu riskieren, im Großen und Ganzen der seit 1941 immer stärker zunehmenden Gleichschaltung. Vgl. dazu die Auflistung auf <https://www.kb.nl/sites/default/files/does/selectie-legale-pers-40-45.pdf> [Abruf 14.07.2016].





*Ministerpräsident Hubert Ney begrüßt einen südafrikanischen Missionsbischof per Ringkuss. Franz Josef Röder beobachtet die Szene, 1956. (LAS, NPress PhA 202/1)*

er zwei Jahre in Speyer als Dolmetscher für die Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen gearbeitet hatte, um eine Einstellung in den saarländischen Schuldienst. Nach Abschluss seines Entnazifizierungsverfahrens erhielt er 1948 eine Stelle am Mädchengymnasium Neunkirchen und wurde 1951 zum Leiter des Dillinger Gymnasiums ernannt. Die Eckdaten seiner politischen Karriere nach 1955 sind sattsam bekannt und sollen hier nicht noch einmal ausgebreitet werden. Später und Bernstein stellen nun Röders gesellschaftspolitisches Denken und Handeln der Nachkriegszeit in eine ungebrochene Linie zu seinem Lebensweg in den Jahren 1933 bis 1945. Unter Begriffen wie »Fraktion der Ewiggestrigen«, »alte Kameraden aus der NSDAP« oder »Altnazis« subsumieren sie unterschiedslos die nach 1955 führenden saarländische Politiker, ungeachtet der Tatsache, dass beispielsweise Franz Josef Röder und Egon Reinert der NSDAP angehört hatten, aber in allen politischen Äußerungen nach 1945 keinen Zweifel an ihrer demokratischen Gesinnung zuließen, während Hubert Ney nie Parteimitglied war, jedoch 1969 in einem Artikel für den »NPD Kurier« offen Werbung für die NPD betrieb. Die Black Box »Nazi« muss als Beweis der Black Box »Ewiggestriger« erhalten, die wiederum im klassischen Zirkelschluss auf die erste verweist. In diesem Sinne behauptet etwa Später, dass in Röders Amtszeit »hunderte ehemalige NSDAP-Kader, SS-Mitglieder aller Dienstränge und Schreibtischtäter aus Justiz und Verwaltung in die saarländische Politik, Verwaltung und Kultur integriert« worden wären. Es wäre wünschenswert, wenn Später zumindest zwei oder drei Dutzend konkrete Beispiele von früheren »NSDAP-Kadern« nennen könnte, die noch zwischen 1959 und 1979 eine Anstellung in öffentlichen Institutionen fanden, wobei er die neun CDU-Abgeordneten mit NSDAP-Vergangen-

heit, die in der Ära Röder in den saarländischen Landtag einzogen, gerne mitzählen dürfte.

Erich Später geht noch einen Schritt weiter. Zwecks Stützung seines Anspruchs, Röders Parteimitgliedschaft erstmals bekanntgemacht zu haben, unterstellt er Röder, die saarländische Bevölkerung über seine Tätigkeit als »Besatzungsfunktionär« in den Niederlanden und »langjähriger Aktivist der NSDAP (...) mithilfe seiner publizistischen Hilfstruppen jahrzehntelang belogen und sich aktiv an der Ausgrenzung und Diffamierung der saarländischen Widerstandskämpfer gegen Hitler beteiligt« zu haben.<sup>48</sup> Letztere Behauptung kann hier weder verifiziert noch falsifiziert werden, doch es wäre intellektuell redlich, hätte sie Später mit dem ein oder anderen Beleg versehen. »Aktiv beteiligt« und für jedermann öffentlich sichtbar war Franz Josef Röder jedenfalls an der Ehrung des saarländischen Widerstandskämpfers Willi Graf, an dessen Grab er wiederholt einen Kranz niederlegte. Erstere Behauptung deckt sich allerdings nicht mit der historischen Wirklichkeit: Nicht nur, dass die Verwendung des Verbs »belügen« impliziert, Röder habe auf Fragen hin bewusst die Unwahrheit gesagt, und folglich das Verb »nicht unterrichten« treffender ist, nicht nur, dass bereits in den frühen Jahren von Röders politischer Karriere wiederholt über dessen nationalsozialistische Vergangenheit spekuliert wurde<sup>49</sup> – Röder selbst hat über seine NS-Vergangenheit bereits 1966 öffentlich gesprochen. In diesem Jahr gab er dem Deutschlandkorrespondenten der dänischen Tageszeitung »Berlingske Tidende« ein Interview, aus dem eine längere Passage zitiert werden soll:

»Wenn alle in der Gesellschaft beteuern, dass sie nie Nationalsozialisten waren, pflege ich die Hand zu heben und ehrlich ohne Stolz zu sagen: Ich war es, obwohl das kaum die volle Wahrheit ist, aber warum nicht ehrlich einräumen, dass doch der kleinste Fehltritt, wie sehr er auch verzeihbar ist, trotzdem ein Fehltritt ist? (...) Die Familie leistete Widerstand gegen den Nationalsozialismus in dem Ausmaß, wie wir glaubten es zu können, und ich tat das auch. Was ich mir später selbst vorwarf, war, dass ich nicht genug riskierte. Um die Sache auf die Spitze zu treiben: wer heute noch lebt aus der Generation, der ich angehöre, hielt den Kopf nicht lange genug hin! (...) In jedem Fall beschäftige ich mich mit Politik, weil ich in meinem Innersten merke, dass ich etwas wieder gutzumachen habe, eine Verpflichtung, der ich nicht weglafen kann. Das Bewusstsein um eigene Schuld wirkt wie ein Ansporn und beugt dem Hochmut vor.« Röders Aussagen kommentierte der dänische Korrespondent mit den anerkennenden Worten, er »habe bis jetzt keinen anderen

<sup>48</sup> Später, Der Landesvater, S. 7 und 13.

<sup>49</sup> Am 10. Mai 1963 veröffentlichte etwa die »Deutsche Volkszeitung – Organ des Bundes der Deutschen« einen Artikel »Vorwürfe gegen den CDU-Ministerpräsident. Westliche Presse untersucht Röders Vergangenheit«.

Spitzenpolitiker getroffen, der auf ähnliche Weise eine Auseinandersetzung mit seinem eigenen Ich riskierte. (...) Sein Bekenntnis (...) wirkte auf mich nicht wie leeres Gerede. (...) Hut ab für Dr. Röder, Saarbrücken!«<sup>50</sup>

Es gibt zudem keine Hinweise darauf, dass Röders Politik in irgendeiner Weise nationalsozialistisch geprägt war. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Röder war einer der wenigen CDU-Politiker, der das 1956 verhängte KPD-Verbot für unklug hielt. Er war an diplomatischen Beziehungen und der Aussöhnung mit den Ostblockstaaten interessiert, der die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots entgegenstand – eine Auffassung, die Röder nicht nur Zuschriften erboster Bürger, sondern auch tiefes Unverständnis aus den Reihen der eigenen Partei einbrachte.<sup>51</sup> Selbst Luitwin Bies, fürwahr kein Freund von alten und neuen Nazis, würdigte Röders Interesse und Verständnis für die »Gesellschaft BRD-UdSSR im Saarland e.V.«, seine »gelegentlichen finanziellen Zuwendungen für die Aktivitäten« der Gesellschaft oder seine wichtige Rolle für das Zustandekommen des Warschauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik und Polen.<sup>52</sup> Zum andern stand Röder neonazistischen Umtrieben nicht tatenlos gegenüber. Als am Heiligabend 1959 die Kölner Synagoge geschändet wurde und bis Ende Januar 1960 rund 470 Nachahmungstaten registriert wurden, reagierte man auch im Saarland. CDU, SPD und zahlreiche andere gesellschaftliche Gruppen riefen für den 16. Januar 1960 zu einer Demonstration gegen Antisemitismus und Neonazismus auf, die mit einem Fackelzug zum Erinnerungsmal für die Opfer der »Neuen Bremm« endete.<sup>53</sup> In der Folge setzte auch eine vermehrte Aufklärungstätigkeit über die verdrängte Vergangenheit ein, beispielsweise in der Form, dass die Geschichte der Jahre 1933–1945 in die Lehrpläne der Schulen integriert wurde.

Nicht zuletzt betrachten Später und Bernstein die Zeit des halbautonomen Saarstaates als Antipode der nach 1955 einsetzenden »Re-Nationalisierung« und »Re-Faschisierung« und betonen diesbezüglich gerne die »antifaschistische Erinnerungskultur des Saarstaates«. Diese idealisierende Sicht des Saarstaates teilen sie im Übrigen mit manch anderen Autoren der »Saarbrücker Hefte«. Sie erzeugt hin und wieder unfreiwillige Komik, wenn etwa dieser Staat Züge jenes bekannten gallischen Dorfes erhält, das sich erfolgreich

gegen die Römer wehrte: »Im Westen«, liest man bei Stefan Ripplinger, »kehrten alte Nazis in Funktionen zurück, sicherlich opportunistisch-halbdemokratisch vielerorts, aber andernorts, insbesondere in Justiz und Schulwesen, erneuernd, was niemals hätte erneuert werden dürfen. Es kehrten die alten Kameraden zurück, die noch meine Generation haben erziehen dürfen. Dieser post-nazistischen Realität verweigerte sich allein und für eine kurze Weile der kleine Saarstaat.«<sup>54</sup> Solch pathetischen »Feststellungen« kann man nur erwidern, dass sich Stefan Ripplinger der historischen Realität verweigert. So richtig es ist, dass die Regierungen Johannes Hoffmanns mehrheitlich aus ehemaligen Widerstandskämpfern und Emigranten bestanden, so flexibel erwies sich Hoffmann bei der Besetzung mancher Regierungsposten mit »alten Kameraden«. Erinnert sei an Franz Schlehofer, von 1948–1955 Chef der Präsidialkanzlei und rechte Hand Johannes Hoffmanns, der der allgemeinen freiwilligen SS angehörte.<sup>55</sup> Gegen den Willen Gilbert Grandvals machte Hoffmann 1948 Albrecht Dorscheid zum Leiter des Informationsamtes, obwohl ihm bekannt war, dass Dorscheid ein zuverlässiger Parteigänger des NS-Regimes gewesen war und für den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS gearbeitet hatte; 1950 wurde Dorscheid dann auf den Posten des Chefredakteurs der »Saarländischen Volkszeitung« weggelobt.

Es waren ferner die Regierung Hoffmann und ihr Justizminister Erwin Müller, die 1952 weder einem Auslieferungersuchen der tschechoslowakischen Regierung für Erwin Albrecht, den ehemaligen NS-Richter am Sondergericht Prag, stattgaben noch Albrecht wegen zahlreicher Todesurteile gerichtlich zur Verantwortung zogen. Man müsste zudem fragen, wie es mit dem antifaschistischen Charakter des Saarstaates vereinbar war, dass ein »Altnazi« wie Röder mit Billigung des saarländischen Kultusministers Emil Straus in den saarländischen Schuldienst gelangen, wie er nur drei Jahre später mit Billigung des Kultusministers Erwin Müller und des Kabinetts vom Studienrat zum Oberstudiendirektor befördert werden konnte. Ein gelegentlicher Blick in die zeitgenössischen Tageszeitungen ist für die Beantwortung dieser Frage durchaus hilfreich, auch oder gerade weil er nicht immer die gewünschte Antwort erbringt: Bereits im Februar 1948, also just in der Zeit, in der Franz Josef Röder in das Saarland zurückkehrte, hatte Emil Straus auf einer Veranstaltung der katholischen Erzieher des Saarlandes in Saarlouis »einen dicken Strich unter die Vergangenheit« gezogen. Jener Emil Straus, der 1934 zum Katholizismus konvertierte, aber als sogenannter »Rassejude« das Saargebiet 1935 verlassen musste, hatte in seiner im selben Jahr erschienenen Dissertation

50 Henrik Bonde-Henriksen, Hatten af for Dr. Röder, in: Berlingske Tidende, 7. August 1966; Übersetzung aus dem Dänischen von Gregor Burgard, Trier.

51 Vgl. LAS, Best. StK, Nr. 7337, o.S.: Zusammenfassung eines Telefongesprächs, das Röder im August 1970 mit Heinz Merkel, dem Vorsitzenden der DKP Saar, führte

52 Luitwin Bies, Die CDU-Saar – mit braunen Flecken, Manuskript 2009, S. 15, [http://www.peter-imandt.de/Braune\\_Flecken.pdf](http://www.peter-imandt.de/Braune_Flecken.pdf) [Abruf 2. 8. 2016].

53 Saarbrücker Zeitung, 18. Januar 1960, S. 1f.

54 Universalistischer Separatismus. Über eine alte saarländische Politik, in: Saarbrücker Hefte 110/111 (2014), S. 25.

55 Vgl. DER SPIEGEL, 26. November 1952, S. 11.

davon gesprochen, das »widernatürliche Staatsgebilde ›Saargebiet« sei durch den »unglückliche[n] Versailler Vertrag« als »deutsches Land zum Grenzgebiet entwürdigt« worden und die »Sehnsucht der Saar« sei »die Treue zur deutschen Heimat.«<sup>56</sup> Er habe sich persönlich, so Straus 1948, »um die Säuberungsaktion innerhalb der Lehrerschaft gekümmert«, die »so günstig« ausgefallen sei, dass »99 Prozent der Lehrer und Lehrerinnen im Schuldienst wieder Verwendung fänden. (...) Das »Element der Vergeltung« sei zurückgetreten und der »Wille zur Versöhnung, Verzeihung und des Verständnisses allein« habe vorgeherrscht.<sup>57</sup>

### Kritik der »Kritischen Öffentlichkeit«

Demokratische Gesellschaften leben von einem Pluralismus der Meinungen, aber nicht von einem Pluralismus der Fakten. Ihre Bürger und Bürgerinnen besitzen das Recht auf eine eigene Meinung, aber nicht auf eigene Fakten und schon gar nicht darauf, offensichtliche Unwahrheiten im Stile Donald Trumps als »alternative Fakten« zu deklarieren. Mit Hannah Arendt sei noch einmal betont, dass Tatsachen »Gegenstand von Meinungen« sind, dass Meinungen »sehr verschiedenen Interessen und Leidenschaften entstammen, weit voneinander abweichen und doch alle noch legitim sein« können, »solange sie die Integrität der Tatbestände, auf die sie sich beziehen, respektieren.« Meinungsfreiheit, so Arendt weiter, wird immer dann zur »Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist.«<sup>58</sup> Derartige Garantien bieten die Arbeiten von Erich Später und Julian Bernstein leider in den seltensten Fällen. Stattdessen bieten sie ein System »alternativer Fakten«, in dem Wissensansprüche »nicht mehr begründungsbedürftig und auf Sachverhalte bezogen« sind, in dessen Zentrum nicht mehr eine »methodisch verlässliche« und »intersubjektive kommunizierbare Rationalität«, sondern »intuitive Zugänglichkeit« und »vermeintliche Selbstverständlichkeit« stehen.<sup>59</sup> Als Journalisten respektive Historiker verstoßen sie permanent gegen Gültigkeits- und Adäquatheitsbedingungen von Argumentationen und versuchen, ihre Leserschaft zu einem »Glauben« an ihre Thesen statt zu einem begründeten »Wissen« zu führen. Derartige Verstöße manifestieren sich etwa darin, dass sie ungeprüfte oder absichtlich unwahre Daten als Argumente anbieten, dass sie Daten

und Fakten verschweigen, dass sie Erläuterungen als Argumente anführen, dass zwischen ihren als Argumenten angegebenen Daten und ihren Thesen kein Begründungsverhältnis besteht und sie unzulässige Verallgemeinerungen treffen, dass sie schließlich die »Wertbasis« ihrer Thesen und Urteile im Voraus durch appellhafte Etikettierungen festzulegen suchen.<sup>60</sup>

Solange keine Dokumente auftauchen, die für die von Später und Bernstein behauptete tiefe Verstrickung Franz Josef Röders in das NS-Regime belastende und wissenschaftlich belastbare Beweise liefern, solange kann und muss man viele Passagen ihrer Artikel als eine trübe Melange von Assoziationen und Insinuationen, gar als Lügen in demagogischer Absicht bezeichnen. Ob Bernstein und Später überhaupt an der Arbeit mit archivischen Quellen, die ja auch der eigenen Meinung entgegenwirken könnten, interessiert sind, sei dahingestellt. Sie verlassen sich bevorzugt auf Internetrecherchen und die Anregungen des heute in Kanada wohnenden Zeitzeugen Klaus Bohr, dessen Erinnerungen an seine Kindheits- und Jugendjahre in Neunkirchen sie gerne heranziehen.<sup>61</sup> Die »Unmoral« ihrer Lügen liegt jedoch nicht in der Verletzung »der sakrosankten Wahrheit«, die weder Historiker noch Journalisten für sich in Anspruch nehmen können. Unmoralisch ist vielmehr, dass hier, wie Adorno es formulierte, gelogen wird, »um dem andern zu verstehen zu geben, dass einem nichts an ihm liegt, dass man seiner nicht bedarf, dass einem gleichgültig ist, was er über einen denkt.«<sup>62</sup>

Sollten Später und Bernstein doch noch ein wenig Sensibilität für das besitzen, was die anderen über sie denken, dann kann man den von ihnen unternommenen Versuch einer Skandalisierung des Lebens Franz Josef Röders als Ergebnis gekränkter Eitelkeiten interpretieren, da die saarländische Öffentlichkeit und die historische Forschung Erich Später die Aufmerksamkeit verwehrten, die ihm als vorgeblicher ›Entdecker‹ der NSDAP-Mitgliedschaft des ehemaligen Ministerpräsidenten, den Bernstein so gerne mit jenem an das Wörterbuch des Unmenschen erinnernden Attribut des »ewigen« versieht, gebührt hätte. Man kann darin schließlich eine Trotzreaktion auf die Tatsache sehen, dass jenes ominöse »Schweigekartell« zu sprechen, gar zu widersprechen wagte, oder den Ausdruck einer Hypermoral, mit der sie sich als die schlechthin »Guten« und

56 Die gesellschaftliche Gliederung des Saargebietes. Eine soziographische Beschreibung, Würzburg 1935, S. 157f.

57 »Ein dicker Strich unter die Vergangenheit«, Saarbrücker Zeitung, 11. Februar 1948, S. 3.

58 Hannah Arendt, Wahrheit und Politik (1963), in: dies.: Wahrheit und Lüge in der Politik: Zwei Essays, München/Zürich 2. Aufl. 1987, S. 44–93; zit. nach: [http://gellhardt.de/arendt\\_bluecher/12\\_Wahrheit\\_u\\_Politik.pdf](http://gellhardt.de/arendt_bluecher/12_Wahrheit_u_Politik.pdf), S. 335f. [Abruf 14. 4. 2017]

59 Vgl. Fischer/Strohschneider, Dafür gehn wir meilenweit, S. 12.

60 Vgl. Markku Moilanen, Scheinargumentation als persuasives Mittel, in: ders./Liisa Tiittula (Hg.), Überredung in der Presse. Texte, Strategien, Analysen, Berlin/New York 1994, S. 45–58, hier S. 49f.

61 Vgl. Diplomat, Kanadier, Neunkircher: Klaus Bohr, in: Guggemol do ... Neinkeije, Ausgabe 16 (2013), S. 6. – Es versteht sich von selbst, dass Klaus Bohr (Jahrgang 1926) sich als in der NS-Zeit unangepasster, gar widerständiger Heranwachsender präsentiert.

62 Adorno, Minima Moralia, S. 28.

»moralisch im Reinen« inmitten einer verkommenen Gesellschaft zu verorten suchen. Unredlich bleibt dieser Versuch allemal, was es umso unverständlicher macht, dass weite Teile der sogenannten kritischen saarländischen Öffentlichkeit darauf keine Reaktion zeigten oder in ein stilles, gelegentlich vernehmliches »Wir-haben-es-ja schon-immer-gewusst ...« einstimmten.

Unverständlich ist etwa die Haltung der Redaktion der »Saarbrücker Hefte«, die ihre Zeitschrift allzu gerne als einziges unabhängiges und kritisches Blatt des Saarlandes feiert. Wo Nicholas Williams in einem Artikel fordert, dass jeder, der »wissenschaftlich oder zumindest akademisch belegen will«, auch Belege liefern müsse, dass »Belege und Quellen« genannt sein müssten, damit der Leser sie wenn nicht teilen, so doch intersubjektiv nachvollziehen könne, da wird diese Forderung wenige Seiten weiter bei Bernsteins Küppers-Rezension einfach in den Wind geschossen. Wo derselbe Autor den selektiven »Umgang mit Quellen und Informationen«, den Versuch, »vermeintliche Realität durch Wiederholung zu konstruieren«, sowie die Verbreitung von Überzeugungen und Thesen, »die scheinbar keiner Belege mehr bedürfen«, bemängelt<sup>63</sup>, da sieht man bei den eigenen Autoren Bernstein und Später großzügig über die gleichen Defizite und Methoden hinweg.

Unverständnis und Unbehagen erzeugen ferner zwei Äußerungen aus dem Lager des »Wir-haben-es-ja-schon-immer-gewusst«. So forderte Gerhard Bungert, Berufssaarländer, Wahlfranzose, Fachmann für Kaffeekisch, Lyoner und Gudd gess, gemäß einem Bericht der »Saarbrücker Zeitung«, man müsse die Franz-Josef-Röder-Straße nun in Europa-Straße umbenennen, da sonst ein Mann geehrt werde, der als NSDAP-Mitglied »in Den Haag ab 1937 tatkräftig dabei half, die Besetzung der Niederlande vorzubereiten.«<sup>64</sup> Ein Gymnasiallehrer als Mit-Planer und Mit-Organisator einer Militäraktion – das Lachen über eine derart hanebüchene Äußerung bleibt einem im Halse stecken angesichts der Tatsache, dass die »Saarbrücker Zeitung« sie anstandslos veröffentlicht und somit der Mutation und Zirkulation »alternativer Fakten« Vorschub leistet.

Zum ändern wäre hier die Intervention Kajo Breuers während der Diskussion im Saarbrücker Schlosskeller zu nennen. Breuer glaubte wohl, als Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung Saar ihrem Geschäftsführer Erich Später beispringen zu müssen, indem er wiederholt und mit erregter Stimme nur an Hans Christian Herrmann und meine Person die Aufforderung richtet, offenzulegen, was wir »für ein Erkenntnisinteresse«



hätten. Von Herrmann und mir wurde so ein dezidiertes Abrücken von unserem, von einem anderen Diskussionsteilnehmer explizit unterstellten »Verharmlosungsinteresse« verlangt, welches zugleich in Kontrast mit dem »ehrlichen Aufklärungsinteresse« Späters und Bernsteins erschien. Man darf Kajo Breuer hier an das intellektuelle Erbe des Namenspatrons der von ihm vertretenen Stiftung erinnern. Heinrich Böll galt und gilt aufgrund seiner Einmischungen in die politischen Debatten der jungen Bundesrepublik und seines schonungslosen Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als Repräsentant eines »anderen, besseren Deutschlands«. Als Literat und Bürger lehnte Böll die These einer deutschen Kollektivschuld ab und ließ für den großen Teil der Deutschen einschließlich der Parteigenossen eine weitreichende Unschuldsvermutung gelten. Im Mai 1985, wenige Wochen vor seinem Tod, äußerte er anlässlich des umstrittenen Kohl-Reagan-Besuchs auf jenem Bitburger Soldatenfriedhof, auf dem auch SS-Angehörige ruhen, in einem Interview: »Es gibt keinen Anlass für eine Debatte über die SS, deren Zeichen zum Symbol für Terror, Vernichtung und Schrecken geworden ist. Aber man kann nicht von einem Grabstein ablesen, ob der Mann, der darunter liegt, schuldig ist. (...) Deshalb kann ich nicht über die urteilen, die in Bitburg bestattet sind, ohne mehr über deren Leben zu wissen.«<sup>65</sup>

»Mehr wissen«, weniger vorschnell (ver)urteilen und die Vermittlung historischen Wissens ohne »moralische Gebrauchsanweisung«<sup>66</sup> versehen – damit wären wunderbare Voraussetzungen für alle wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten über den Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit benannt. Denn die Debatten über die Abermillionen »ganz normaler« Männer und Frauen, die das Rückgrat der NS-Herrschaft formten, die gelegentlich selbst in Konflikt mit dem Herrschaftssystem gerieten und

*Der polnische Außenminister Stefan Olszowski (2. v.l.) zu Besuch bei Ministerpräsident Franz Josef Röder, 1976. (LAS, B 1781/45, Fotograf: Erich Isenhuth)*

63 Ein Archivar auf Abwegen. Der Germanist Günter Scholdt macht sich die Welt wie sie ihm gefällt, in: Saarbrücker Hefte 113/114 (2016), S. 29.

64 Historiker-Debatte über Röder, Saarbrücker Zeitung, 7. Juli 2016, S. B 2.

65 Heinrich Böll, »Ich bin ein Anarchist«. Interview mit José Comas (Auszüge), in: Stern, Nr. 31 (1985), S. 126.

66 Dana Giesecke/Harald Welzer, Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 23.





*Franz Josef Röder legt am Grab von Willi Graf Blumen nieder, 19. Juli 1974. (LAS, BStK, Reg. Röder 2249, Fotograf: Erich Isenhuth)*

es dennoch rückhaltlos, aber nicht ganz rückgrat- und bedenkenlos bis zum katastrophalen Ende stützten, leiden immer noch unter der Verwendung von Schwarz-Weiß- beziehungsweise Gut-Böse-Stereotypen, deren Erklärungskraft für die dunkelste Epoche der deutschen Geschichte begrenzt ist. Man könnte stattdessen, um eine Formulierung Per Leos aufzugreifen, den Umgang mit dem Nationalsozialismus »verkomplizieren« und unsere Fragestellungen einmal um 180 Grad drehen: Anstatt immer wieder aufs Neue und mit stets erwartbaren Ergebnissen zu fragen, wie viel Nationalsozialismus in Röder, Ney oder Reinert steckte, ließe sich auch umgekehrt fragen, wie viel Röder, Ney oder Reinert im Nationalsozialismus steckte.<sup>67</sup>

Dies wäre umso wichtiger, als im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus weder Faschismus noch Nationalsozialismus eine orthodoxe Weltanschauung entwickelten. Mit Lutz Raphael kann man die NS-Weltanschauung vielmehr als »ein politisch kontrolliertes, aber intellektuell offenes Meinungsfeld« auffassen. In diesem Feld waren »einige Begriffshülsen verbindlich festgelegt« und nahmen »die unterschiedlichen Elemente rassistischer Bewertungsschemata einen zentralen Platz« ein. Andere Ideen und Ideologeme wiederum waren keineswegs eindeutig »nationalsozialistisch«, sondern wiesen eine gewisse Unschärfe auf und waren über viele Partei- und Milieugrenzen hinweg in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts populär. In diesem Meinungsfeld waren »sehr unterschiedliche Positionen vertreten«, was »Raum für internen Dissens und einen

begrenzten Pluralismus« ließ.<sup>68</sup> Faschismus und Stalinismus eignet in diesem Sinne »trotz ihrer historischen Einmaligkeit nichts Ursprüngliches (...). Sie benutzen und erweitern Mechanismen, die in den meisten anderen Gesellschaften schon vorhanden waren. Mehr als das: trotz ihres inneren Wahnsinns haben sie in großem Ausmaße die Ideen und Verfahrensweisen unserer politischen Rationalität benutzt.«<sup>69</sup> So klaffen zwischen faschistischen und demokratischen Strukturen keine gigantischen Abstände, sind sie doch vielmehr von gefährlicher und gefährdender Nähe, aber nie das »ganz Andere«; ebenso wenig lässt sich eine klare Grenze zwischen »den« Nationalsozialisten und »allen anderen« ziehen, entspringt diese Vorstellung doch allein den Distanzierungsbemühungen der Zeitgenossen seit 1945.

Nähme man die oben umrissenen, von den Ansätzen der modernen Zeitgeschichtsforschung vertretenen Voraussetzungen ernst, dann bestünden gute Chancen, die männlichen Mitglieder der so »schrecklich normalen« und für das dominante katholische Milieu so charakteristischen Familie Röder »als wirkliche Menschen ohne hilfreiche Anomalien«<sup>70</sup> zu erforschen und vielleicht ihre unterschiedlichen Verhaltensweisen ohne jedwede »Verharmlosung« des NS-Unrechtsregimes historisierend zu erklären. Dann könnten wir vielleicht verstehen, warum Franz Röder Senior 1934 den »liberalen Geist (...) ausmerzen« wollte und im »Bereich des völkisch-staatlichen Lebens den Gedanken der Ein- und Unterordnung« unter »eine auf sakraler Grundlage aufruhende autoritäre Führung« forderte<sup>71</sup>, warum er 1937 ebenso verzweifelt um seine Anerkennung als guter Nationalsozialist kämpfte wie zehn Jahre später um seine Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus. Warum seine Söhne Albrecht und Anton der NSDAP nicht beitraten und Albrecht Röder zwischen Mai und November 1944 auf Veranlassung des Reichssicherheitshauptamts wegen Hochverratsverdachts inhaftiert und verhört wurde. Warum sein Sohn Franz Josef 1933 ohne Zwang und mit damals offensichtlicher Sympathie für den Nationalsozialismus Aufnahme in die NSDAP beehrte. Und warum Franz Josef Röder dennoch nicht den Anspruch verwirkt hat, dass sein Leben ohne daraus abgeleitete apriorische Gewissheiten rekonstruiert und kein Schuldspruch gefällt wird, bevor nicht alle Fakten und die Plausibilität aller Argumente gewissenhaft geprüft sind.

68 Lutz Raphael, Radikales Ordnungsdenken und Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 5–40, hier S. 28; ders., Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011, S. 228.

69 Michel Foucault, Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts, in: Freiburger 28 (1986), S. 103–110, hier S. 104.

70 Herbert, Wer waren die Nationalsozialisten?, S. 38f.

71 Staat und Erziehung. Anmerkungen zu einem Buch, in: Deutsche Schule an der Saar, 14 (1934), Nr. 8/9, S. 345f.

67 Vgl. Per Leo, Über Nationalsozialismus sprechen. Ein Verkomplizierungsversuch, in: Merkur 70,5 (2016), Heft 804, S. 29–41.